

Wir über uns

- Förderverein
- Stiftung
- Bundesarbeits-  
gemeinschaft
- Kooperationen
- Geschichte

Informationen

- Aktuelles
- Europ. Netzwerk ICF
- Asyl in Europa
- Newsletter
- Asyl von A bis Z
- Einzelfälle
- Beratung
- Links

Shop

- Bücher
- Broschüren
- Flyer/Faltblätter
- CD/Postkarte/Plakat
- Tag des Flüchtlings 2006
- Bleiberechtskampagne
- Asyl in Europa
- Unterrichtsmaterial
- Förderverein PRO ASYL
- Stiftung PRO ASYL

Archiv

- Flüchtlingstag-Hefte

## Presseerklärung

### Bundeswehrosoldaten bei Anschlag in Afghanistan verletzt

30. Juni  
2006

#### **Am selben Tage: Hamburgs Innensenator will jetzt auch Familien dorthin abschieben** **PRO ASYL: Innensenator skrupellos**

In der Nacht zum Mittwoch wurden zum wiederholten Mal Bundeswehrosoldaten in Afghanistan beschossen und verletzt - ein Beleg für die sich ständig verschlechternde Sicherheitssituation. Am gleichen Tage kündigte Hamburgs Innensenator Udo Nagel ein verschärftes Abschiebungsprogramm nach Afghanistan an. Jetzt will er auch Familien die freiwillige Rückkehr in das Chaos anbieten und sie "falls das Angebot nicht angenommen wird" doch abschieben. PRO ASYL bezeichnet die Verkündung des Familienabschiebungsprogramms als scham- und skrupellos.

Die Grundqualifikation, um in Hamburg Innensenator werden zu können, ist offenbar das größtmögliche Maß an Unsensibilität, Realitätsverweigerung und Abstumpfung gegenüber menschlichen Schicksalen. Dem Richter und späteren Innensenator "Gnadenlos" (Schill) ist der Innensenator "Skrupellos" (Nagel) gefolgt. Seit er sich vor mehr als einem Jahr in Kabul, umgeben von bewaffneten Bodyguards, einmal umgesehen hat, hält er sich für einen Experten in Sachen Sicherheitslage in Afghanistan und die Speerspitze der von der Innenministerkonferenz dem Grunde nach unterstützten Abschiebungspolitik.

Nagels Vorgehen hat durchaus Methode. Gerade angesichts der dramatisch verschlechterten Sicherheitslage in Afghanistan, über die die Medien täglich berichten, liegt ihm offenbar daran, noch möglichst viele afghanische Staatsangehörige abzuschicken, solange dies noch geht.

gez. Bernd Mesovic

[<- Zurück zu: Presseerklärungen](#)